

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.

Argentinisches Tageblatt



There's no better way to fly.
Lufthansa

A STAR ALLIANCE MEMBER



There's no better way to fly.
Lufthansa

A STAR ALLIANCE MEMBER

Sonnabend, 29. Januar 2005

115. Jahrgang Nr. 31.495

Beginn einer neuen Etappe

Vielversprechender Besuch des spanischen Premierministers Zapatero

Buenos Aires (AT/AG) – "Zuneigung und Liebe" verbinden Spaniens Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero mit Argentinien, doch der Flirt dauerte knapp 20 Stunden. Am Dienstag machte der Madrider Regierungschef bei seiner Südamerikareise in Argentinien Station. Nach einem Treffen mit Präsident Néstor Kirchner erklärte Zapatero, Argentinien bei der Begleichung der Auslandsschuld zu unterstützen. Auch bei den Verhandlungen, die Argentinien mit den spanischen Unternehmen wegen Tarifierhöhungen führt, sagte der sozialistische Politiker seine Hilfe zu. Danach unterzeichneten die beiden Staatschefs ein Abkommen über die "strategische Union" und räumten sich dadurch gegenseitig die höchste Wichtigkeit in der Diplomatie ein.

"Das ist ein historischer Schritt", feierte Kirchner die neue offizielle Bekräftigung der bilate-

ralen Beziehungen. Dass Spanien als das erste europäische Land die angelaufene Umtauschaktion der Staatstitel, die viel Widerspruch im Ausland erfährt, ausdrücklich gutheißt, hat für Argentinien außerordentliche Wichtigkeit.

Darüber hinaus unterzeichnete Zapatero mit seinem argentinischen Amtskollegen ein Abkommen über "die zweite Investitionswelle". Trotz der Konflikte, die argentinische Regierung mit den spanischen Großunternehmen hat, kündigte Zapatero die große Bereitschaft von mittelständigen und Kleinunternehmen an, in Argentinien zu investieren. Im Gegensatz zu dem ersten Investitionsschub in den 90er Jahren zielen die neuen Investitionen mehr auf das Landesinnere. Um den Markt zu sondieren, kämen Vertreter der spanischen Unternehmen am 17. und 18. März in Buenos Aires zusammen, teilten am Mittwoch der Kabinettsminister

Alberto Fernández und der argentinische Botschafter in Spanien, Carlos Bettini, mit.

"Die großen spanischen Unternehmen haben auf lange Zeit investiert. Sie wollen in Argentinien bleiben und sich sozial engagieren", sagte Zapatero mit einer Vermittlungsgeste. Das in der spanischen Hand liegende Unternehmen "Telefónica", mit dem die argentinische Regierung angespannte Verhandlungen wegen Tarifierhöhungen führt, hat kürzlich seine Klage gegen Argentinien vor dem Schiedsgericht der Weltbank wegen 2,8 Mrd. US-Dollar erneuert. Während der Pressekonferenz am darauffolgenden Morgen rief der spanische Premierminister die argentinische Regierung und die spanischen Unternehmen zu einem offeneren Dialog auf. "Meine Aufgabe ist, die Positionen anzunähern. Beide Seiten zeigen guten Willen", sagte Zapatero am Mittwoch. Vor

seinem Abflug nach Chile, wo die Treffen mit dem chilenischen Präsidenten, Ricardo Lagos, und seinem Kollegen aus Uruguay, Tabaré Vázquez, geplant waren, traf sich Zapatero mit den wichtigsten spanischen Investoren, darunter "Aerolíneas Argentinas", "Endesa", "Gas Natural Ban", "Repsol YPF" und "Telefónica". Die letzte Ankündigung des spanischen Staatschefs betraf die Investitionen im Bildungswesen. 60 Mio. Euro würde Spanien für Stipendien und wissenschaftliche Projekte zur Verfügung stellen und damit einen Teil der argentinischen Staatsschuld übernehmen. Dadurch erfuhr die Initiative der argentinischen Regierung, die sie 2003 Unesco vorgestellt hatte, das erste Mal die konkrete Anerkennung. "Diese Reise markiert das Ende einer Etappe und den Anfang einer neuen", fasste Zapatero optimistisch die Ergebnisse seines Besuchs zusammen.

Streitkräfte stellen ein

Im März beginnt ein neues Sozialprojekt für junge Menschen

Buenos Aires (AT/AG) - Nach einem neuen Sozialprojekt des Verteidigungsministeriums werden die argentinischen Streitkräfte im März voraussichtlich etwa 4000 junge Menschen einstellen. Die Freiwilligen der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahre werden in den Einrichtungen des Heeres eine entsprechende Ausbildung bekommen und monatlich 150 Pesos beziehen. Bevorzugt würden bei der Auswahl Personen aus armen Verhältnissen, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Das Projekt ist im Kontext der sozialen Lage zu sehen. Bei den hohen Arbeitslosenzahlen sucht die Regierung nach Wegen, die Beschäftigung zu fördern. Das besondere Augenmerk richtet sich dabei auf junge Menschen, die über keine Berufsausbildung verfügen. "Es müssen Programme entwickelt und Mittel freigestellt werden, um Abhilfen zu schaffen", sagte der Verteidigungsminister José Pampuro zum betreffenden Projekt.

Ein weiteres Ziel des Projekts sei, mehr Freiwillige zu gewinnen, erklärte Pampuro im Rundfunk. Nach der Abschaffung der Wehrpflicht im Jahre 1994 verringerte sich die Zahl der Soldaten, woraufhin die Altersgrenze der Freiwilligen bis 28 Jahre angehoben wurde. Das Verteidigungsministerium bemüht sich bereits seit Jahren, Projekte zu entwickeln, um einerseits das Heer zu vergrößern, andererseits aber auf die sozialen Probleme im Land zu reagieren.

Im Jahre 2000 bat das Heer um die Einrichtung von 15.000 Plätzen für die Aufnahme von Arbeitslosen, um sie als Reservisten auszubilden. Dem folgte 2002 der sogenannte "Erziehungsmilitärdienst" (colimba educativa). Das Projekt wurde von dem Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, vorgeschlagen und richtete sich an Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Scharfe Kritik erfuhr das Projekt, weil es für Jugendliche vorgesehen war, die sich weigerten, in die Schule zu gehen, und keine Berufsausbildung anstrebten.

Im selben Jahr bat der damalige Verteidigungsminister Horacio Jaunarena um die Einführung des obligatorischen Sozialdienstes, was jedoch folgenlos blieb. Pampuro erklärte hingegen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht würde "einen Rückschritt" bedeuten. "Unsere Gesellschaft hat diese Etappe bereits überwunden", sagte Pampuro dazu.

Das neue Projekt richtet sich an Jugendliche über 18 Jahren und bietet ihnen Ausbildung und körperliche Aktivitäten in verschiedenen Einheiten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine. Neben einer gewissen Militärausbildung werden den Freiwilligen Kurse in Elektromechanik oder Schneiderei angeboten. Eingestellt werden sollen die jungen Menschen in erster Linie in den am meisten benachteiligten Gebieten Argentiniens, in der Hauptstadt und an der Grenze, sagte Pampuro.

Zwischen Ärger und Missachtung

Stadtkodex findet wenig Anerkennung

Buenos Aires (AT/AG) - Nach dem Inkrafttreten des allseits kritisierten Stadtkodex am Sonnabend vergangener Woche scheint sich in der Stadt Buenos Aires nicht viel geändert zu haben. Die selbsternannten Autoaufpasser (trapitos) kassieren weiter ihr Taschengeld. In der Nacht wird weiter Alkohol verkauft. Nur die illegalen Straßenhändler sind vorsichtiger geworden, da sie von Mal zu Mal kontrolliert werden.

Bei der Stadtjustiz seien inzwischen 43 Verfahren wegen Verstößen gegen den Stadtkodex eröffnet worden, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Der Großteil der eingeleiteten Verfahren bezieht sich auf den illegalen Straßenhandel und die Straßenprostitution.

Da die neuen Regelungen den Straßenstrich in Wohngebieten verbietet, zogen am Mittwoch Transvestiten aus dem Stadtteil Palermo zur großen Überraschung der Bevölkerung in die anliegenden Parks und auf die Straßen Kennedy, Iraola und Montt. Die Stadtregierung von Buenos Aires hatte sich zuvor ausdrücklich dagegen ausgesprochen, einen bestimmten Stadtteil für die Gründung des Rotlichtviertels festzulegen. Es würde von selbst entstehen, hatte der Kabinettschef der Stadt, Raúl Fernández, vor ein paar Tagen erklärt.

Den meisten Unmut erregen jedoch der neue Stadtkodex und ein ergänzendes Gesetzesprojekt im Bezug auf den Straßenhandel. Er-

laubt wird nach dem Stadtkodex lediglich der Verkauf von minderwertigen Waren, die dem etablierten Handel keine Konkurrenz machen. Das neue Gesetz sieht die Einrichtung von 790 Verkaufsständen an verschiedenen Punkten der Stadt vor.

Am Dienstag kritisierten mit scharfen Worten der Verband der mittelständigen Unternehmen (CAME), die Argentinische Handelskammer (CAC) und die Handlungsgewerkschaft das neue Gesetzesprojekt, mit dem "der illegale Handel legalisiert" werde. Angegriffen wird auch der Stadtkodex, der "Mafias" beschütze, da unter dem Namen "minderwertige Waren" (baratijas) die bei den Diebstählen geraubten Gegenstände

verkauft würden. Die Handelsorganisationen riefen die Geschäfte der vom Straßenverkauf betroffenen Zonen dazu auf, keine Steuern zu zahlen, und drohten mit Schadensersatzklagen.

Am selben Tag räumte die Stadt ohne vorherige Ankündigung und unter Widerstand der Betroffenen die Stände der Straßenverkäufer auf dem Platz Constitución. Viele von ihnen protestierten heftig dagegen und zeigten empört ihre Genehmigungen, die sie bei der Stadt nach den zum Teil langwierigen Behördengängen erhalten hatten. Mit der Begründung, Straßenhandel sei ihr Lebensunterhalt, kehrte ein Teil der Verkäufer noch am selben Nachmittag zum Platz zurück.

WOCHENÜBERSICHT

2. Haiti-Mission

Diese Woche wurden die argentinischen UN-Friedenstruppen in Haiti durch neue ersetzt. Verteidigungs-

minister José Pampuro verabschiedete am Montag das zweite Kontingent argentinischer Blauhelme, die am darauf folgenden Tag

nach Gonaïves abflogen. Das 2. Argentinische Haiti-Bataillon besteht aus 439 Soldaten, die verschiedenen Heeresteilen angehören, und 57 Ärzten sowie anderem medizinischem Personal. Die Truppen der 1. Haiti-Mission, die sechs Monate lang auf der Insel stationiert waren, kehrten am Mittwoch nach Argentinien zurück.

Frankreich.

Besuch von Chávez

Der venezolanische Präsident, Hugo Chávez, kündigte für die nächste Woche einen Besuch in Buenos Aires an. Präsident Néstor Kirchner werde sich mit ihm am Montag treffen, gab die argentinische Regierung am Mittwoch bekannt. Das Ziel des Besuchs ist die Gründung von Südfernsehen (Televisión Sur), eines überregionalen Projekts, bei dem die öffentlichen Fernsehsender des Kontinents zusammenarbeiten werden.

Botschafter für Haiti

Argentinien wird einen Botschafter nach Haiti entsenden. Die Entscheidung wurde von Präsident Néstor Kirchner und Außenminister Rafael Bielsa getroffen. Den seit einigen Jahren vakanten Posten wird Ernesto López besetzen, der gegenwärtige Kabinettschef des Verteidigungsministers José Pampuro. López ist Universitätsprofessor und Spezialist für Militär- und Verteidigungsfragen.

Behindertenquote

Priester als Abgeordneter

Buenos Aires (AT/AG) - Eine heftige Debatte entspann sich in dieser Woche in der Provinz Chubut wegen der eventuellen Kandidatur des Priesters Gustavo Miatello zum Abgeordneten bei den Nationalwahlen im Oktober dieses Jahres. Der Provinzgouverneur Mario Das Neves hatte am Freitag vergangener Woche den Generalvikar aus Comodoro Rivadavia als Abgeordneten vorgeschlagen. Der Bischof der Provinz, Pedro Ronchino, verweigerte am Dienstag seine Zustimmung.

Das Neves hatte seine Wahl damit begründet, die katholische Kirche könne einen wichtigen Beitrag in der Politik leisten, insbesondere im Kampf gegen "die Auflösung der Familie und die soziale Verkommenheit". Die Beteiligung der sozialen und religiösen Institutionen, die sich einer breiten Anerkennung erfreuen, sollte im Staat aktiver sein. In den Reihen der Justizialistischen Partei (PJ) der Provinz stieß die Entscheidung Das Neves' nicht nur auf Zustimmung.

Miatello erklärte der regionalen Zeitung "El Chubut", es sei eine "verantwortungsvolle Aufgabe, Vertreter des Volkes zu sein", aber er habe den "Mut und Willen, die Wirklichkeit zu ändern". Die Politik braucht seiner Ansicht nach Menschen mit "Überzeugungen und Idealen". Das letzte Wort bei dieser Entscheidung wollte der Geistliche jedoch den kirchlichen Autoritäten überlassen.

In einem Schreiben vom Dienstag wies der Bischof von Comodoro Rivadavia, Pedro Ronchino, darauf hin, "der Beitrag Miatellos für das Gemeinwohl" dürfe nicht mit dem Kirchenrecht im Widerspruch stehen. Der Kodex des Kirchenrechts besage jedoch, dass "es den Geistlichen verboten ist, Staatsämter zu übernehmen, die mit der Ausübung ziviler Macht verbunden sind". Miatello fügte sich dem Beschluss des Bischofs mit den Worten: "Wegen einer Kandidatur werde ich nicht das aufgeben, was ich bin. Ich wurde zum Geistlichen berufen, und ohne Zustimmung der Kirche werde ich nicht zum Kandidaten werden."

Die Provinzregierung reagierte darauf mit Enttäuschungsäußerungen. "Wir haben eine historische Einladung ausgesprochen, aber die Kirchenautoritäten haben das nicht verstanden", sagte Das Neves. Sein Sprecher, Francisco Salto, versicherte am Mittwoch, Miatello bleibe nach wie vor der bevorzugte Kandidat.

Tizón für Nobelpreis

Der argentinische Schriftsteller Héctor Tizón wurde für den Nobelpreis dieses Jahres nominiert. Mit der Unterstützung des Senats und der Stiftung Konex schlug der Argentinische Schriftstellerverband (SADE) Héctor Tizón als Kandidat für den renommierten Preis vor. In einem Brief an das Nobelpreis-Komitee der Schwedischen Akademie nannte der Schriftstellerverband den aus der Provinz Jujuy stammenden Schriftsteller den "Klassiker argentinischer Literatur". Seine Werke seien bereits in verschiedene Sprachen übersetzt. Hervorgehoben wurden ebenfalls seine Auszeichnungen, unter anderem der Orden für Kunst und Literatur der Republik



SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
 Web / Video Digital
 3D / Animaciones

(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Die Stadt Buenos Aires wird sich an die Behindertenquote von 5% im öffentlichen Dienst halten müssen. Das entschied das Verwaltungsgericht der Stadt auf die Klage eines arbeitslosen Buchhalters hin, der auf einem Auge blind ist. Die Stadtverfassung schreibt die Beschäftigung von Behinderten im öffentlichen Dienst vor. Darüber hinaus wurde im November vergangenen Jahres ein Gesetz verabschiedet, das die Einhaltung der Behindertenquote verordnet, allerdings erst ab Jahr 2009.

Die Justiz entschied, diese Einschränkung sei unbegründet.

Sozialleistungen

Bedürftige Personen sollen künftig die ihnen zustehenden Leistungen auf direktem Wege bekommen, kündigte in der Provinz Catamarca Gouverneur Eduardo Brizuela de Moral am Dienstag an. Die im Moment übliche Vermittlung durch Arbeitslosenorganisationen (Piqueteros) oder die informellen Chefs der Stadtteile soll abgeschafft werden. Der

konkrete Anlass für die Neuerung ist die Ankündigung einer Protestdemonstration, mit der die Leiter der südlichen Stadtteile der Provinzhauptstadt bessere Verfügbarkeit der Sozialleistungen fordern wollten. Wie die Übergabe künftig funktioniert, ist noch nicht geklärt. Die Lebensmittelpakete könnten in den Lebensmittelgeschäften ausgehändigt werden. Die zweite Alternative sei ihre Versendung per Post.

Andenkondore

Zwei gezüchtete Andenkondore wurden am Donnerstag in Sierra Paileman, im Südosten von Río Negro, freigesetzt. Die Stiftungen "Bioandina" und "Temayquén" sowie der Zoologische Garten der Stadt Buenos Aires arbeiten im Rahmen des argentinisch-chilenischen Projekts "Rückkehr des Kondors zum Meer". Die im Zoo von La Plata und in der Provinz San Luis großgezogenen Weibchen werden jetzt mit Hilfe der angebrachten Mikrochips satellitüberwacht.

Kirchner in Paris

Zum zweiten Mal in weniger als einem Jahr stattete Präsident Néstor Kirchner Frankreich einen Besuch ab, der sich in der Vorwoche auf einige wenige Tage in Paris beschränkte. Kirchner reiste abermals wie seine Vorgänger mit einem Tross von Mitarbeitern, Parlamentariern und Gouverneuren, darunter seine Gattin Cristina, hielt eine programmatische Rede in einem akademischen Umfeld, suchte Präsident Jacques Chirac im Elysée-Palast auf, nahm an einem offiziellen Mittagessen teil und stellte sich zur Diskussion mit führenden Unternehmern Frankreichs. Daneben fand Kirchner Zeit, auf den Pariser Straßen zu flanieren und Museen zu besuchen. Nach absolvierten Besuch flog die Delegation im Charterflugzeug heim. Bemerkenswerterweise fand sich Kirchner pünktlich zu den offiziellen Anlässen ein und brüskierte die Vertreter der Unternehmer nicht mit seiner Abwesenheit wie anlässlich des ersten Pariser Besuches.

Kirchner und seine Mitarbeiter konnten sich in Paris mit beeindruckenden Wirtschaftszahlen brüsten. Die Wirtschaft wächst kräftig um 8 bis 9 Prozent per annum seit elf Quartalen nach dem Zusammenbruch im ersten Quartal 2002. Die Staatsfinanzen weisen Primärüberschüsse von mehr als 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, doppelt soviel wie im Haushalt angenommen und mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart worden war. Die hohe Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück, der Außenhandel wirft gewichtige Überschüsse ab, die Kapitalflucht hat vorerst netto aufgehört und zahlreiche Investitionen melden sich zum Wort.

Dieses rosige Wirtschaftspanorama bewegte Präsident Chirac zur Gra-

tulation Kirchners, dem er die Unterstützung der Stimme Frankreichs im Direktorium des Internationalen Währungsfonds bei den Verhandlungen nach Ablauf der Umschuldung zusagte. Kirchner beteuerte, dass er nicht für die Konvertibilität mit ihrem Fixkurs in Parität zum US-Dollar, auch nicht für die Abwertung mit asymmetrischer Pesifizierung und ihren schweren Folgen verantwortlich war ebensowenig für die umfangreichen Privatisierungen öffentlicher Dienste. Mit dieser Beteuerung seiner Unschuld an den Folgen der Wirtschaftsmisere stellte sich Kirchner als der argentinische Präsident vor, der die Suppe auslöffelt, die seine Vorgänger dem Land eingebrockt haben. All das stimmt freilich nur teilweise, hat doch Kirchner als damaliger Gouverneur von Santa Cruz die Konvertibilität und die Privatisierungen gut geheissen und von ihnen profitiert, darunter eine Milliarde US-Dollar allein aus der Nachzahlung der Royalties, die das Staatsmonopol YPF seiner Provinz schuldig geblieben war.

Der harte Brocken der Pariser Verhandlungen war und ist die Diskussion um die privatisierten Wasserwerke Aguas Argentinas, deren Stimmenkontrolle der französische Konzern Suez mit der spanischen Aguas de Barcelona halten. Da die Wassertarife seit 2002 pesifiziert und eingefroren sind, hält die Firma mit den Investitionen zurück, die sie ohne Tarifierhebungen nicht finanzieren kann, unbeschadet der gewaltigen Finanzverluste aus den Auslandsdarlehen zwecks Investitionsfinanzierungen, die in Devisen bezahlt werden müssen. Das Missverhältnis zwischen den pesifizierten Tarifen in Parität zum Dollar und den Auslandschulden, die in Pesos drei Mal höher sind, ist der harte Gegenstand der Verhandlungen.

Präsident Chirac empfahl Kirchner, diesen Stein im Schuh schnellstmöglich auszuräumen und ließ auch durchblicken, dass die Konzession aufgelöst werden könne. Dass letzteres sicherlich zum Schaden der Verbraucher und des argentinischen Staates mit Milliardenentschädigungen einher ginge, ließ Chirac freilich offen, zumindest was an die Presse weiter geleitet wurde. Kirchner zeigte sich zudem erbost, als Minister Lavagna zeitgleich in Paris den Stand der Verhandlungen mit der Konzessionsfirma offen legte, indem die Tarife um 16% zunehmen würden, damit Investitionen von 400 Millionen Pesos, davon 250 Millionen zu Lasten des Staates, finanziert werden können. Jedermann weiß längst, dass die Tarife angehoben werden müssen, damit Wartung und Investitionen finanziert werden, nur Kirchner ärgert sich, wenn sein Minister das der Presse mitteilt. Den Vertretern der Konzessionsfirma empfahl Kirchner, weiter mit Planungsminister De Vido und seinen Mitarbeitern zu verhandeln, anstatt mit ihm selber, denn er sei fühlbar hartnäckiger und weniger zu Konzessionen bereit. Die Alternative einer Kündigung der Konzession und der Bildung einer Staatsfirma wie einst Obras Sanitarias de la Nación, die einen miserablen Dienst leistete, wurde in Paris auch aufgetischt, wobei Felipe Solá, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, die Möglichkeit einer gemeinsamen Verwaltung der Wasserwerke mit der Nationalregierung in der ganzen Provinz ins Auge fasste. Das würde der Provinzregierung die Bürde abnehmen, die sie sich aufgehalst hat, als sie den Konzessionsvertrag der Wasserwerke mit einer privaten Firma auflöste. All das zu Lasten der landesweiten Steuerzahler, die die Defizite bezahlen müssen, wie sie mit staatlicher Verwaltung der öffentlichen Dienste kraft Lohnzulagen, weniger Arbeitszeit, überflüssige Einstellungen, niedriger Tarife und dergleichen stets eintreten. In Paris schwebte diese schreckliche Alternative über den Verhandlungen, die weniger die französischen Unternehmer erschreckt als die gepinigten argentinischen Verbraucher und Steuerzahler.

Randglossen

Mit deutlich versöhnlichem Unterton absolvierte der spanische Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero seinen eintägigen Besuch in Buenos Aires nach gleichlangem Aufenthalt in Brasilien und vor seiner Reise nach Chile. Zapatero reiste wie Kirchner bei dessen Paris-Reise mit zahlreicher Begleitung, als ob die Mitreisenden auch Regierungsgeschäfte erledigen müssten. Der Zwist, der die argentinisch-spanischen Beziehungen seit drei Jahren belastet, betrifft die spanischen Unternehmen argentinischer öffentlicher Dienste, insgesamt mit anderen Unternehmen ganze 40 Milliarden Dollar Investitionen. Es dreht sich um eingefrorene Tarife, vollgültige Dollarschulden, Investitionen und Klagen vor dem Weltbankgericht gegen die Pesifizierung der Tarife nach der Abwertung. Zapatero gelobte, ein gutes Wort bei den Unternehmern einzulegen, die freilich ihren Aktionären gegenüber verantwortlich sind. Als Reise geschenkt stellte Zapatero 72 Millionen Dollar der argentinischen Staatsschulden an den spanischen Staat in Aussicht, die für Studentenstipendien auszugeben sind. Ansonsten war alles Freundschaft und gegenseitige nette Worte. Ob das die Reise wert war, muss sich noch zeigen.

Carlos Menem und Adolfo Rodríguez Saá haben sich nach den letzten Präsidentschaftswahlen, an denen sie gegeneinander auftraten, auf eine gemeinsame Position innerhalb der Justizialistischen Partei geeinigt. Sie fordern Internwahlen des Parteitage, nachdem der Vorstand längst zurückgetreten ist und niemand die Partei führt. In der Provinz San Luis, wo "der Adolfo", wie er volkstümlich genannt wird, unbestrittener Herrscher ist, einigten sich beide Expräsidenten in einem wortreichen Aufruf darauf, dass unverzüglich parteiinterne Wahlen einzuberufen seien. Das werden ihnen ihre beiden Hauptwidersacher, Präsident Néstor Kirchner und der Parteigewaltige der Provinz Buenos Aires, Expräsident Eduardo Duhalde, sicherlich nicht zugestehen. Die Parteigeschäfte erledigen beide mit Gouverneuren, Parlamentariern und anderen Inhabern von Wahlämtern direkt, meist mit Geldzusagen für Partei- und Gemeindevorhaben. Parteiinterne Wahlen würde diese traute Parteipolitik sicherlich durchkreuzen, mit der Kirchner, Duhalde und ihre Mitläufer bestens auskommen.

AUTO UND MOTOR

Geschichte der Mautgebühren in Argentinien

1927 besass Argentinien rund zehn Millionen Einwohner und 200.000 Kraftwagen. Damals schon hatte eine Privatfirma die Weitsicht, Präsident Alvear den Bau einer Macadam-Autobahn von Buenos Aires bis Rosario mit Mautbetrieb vorzuschlagen. Alvear, selbst ein begeisterter Automobilist, glaubte jedoch, dass ein solches Projekt unrealistisch wäre und lehnte es ab. Genau 50 Jahre später wurde die vierspurige Autopista Campana-Rosario dem Betrieb übergeben – als Mautstrasse.

Im Lauf seiner Geschichte herrschte in Argentinien ein weitgehend mautfreies Fahren. Zweimal aber schritt der Staat ein, um durch Erhebung allgemeiner Gebühren das Strassennetz auszubauen. Einmal 1907, als durch Gesetz 5315 (Ley Mitre) die privaten Eisenbahngesellschaften verpflichtet wurden, drei Prozent ihrer (damals üppigen) Gewinne für Zufahrtstrassen zu den Bahnhöfen aufzuwenden. Und dann 1931, als Präsident Uriburu einen Aufschlag von zwei Centavos pro Liter Benzin verfügte, die zum Bau von Überlandstrassen dienen sollten, was den Preis von 19 auf 21 Centavos klettern liess.

Ansonsten war das Reisen auf der Strasse allenthalben unentgelt-



Der „Puente Viejo“ in San Antonio de Areco.

lich, obwohl immer wieder schlaue Bauern Moraststrecken auf den Feldwegen mit dem Spaten vertieften, um dann die steckengebliebenen Fahrzeuge mit den eigenen Pferdegespanssen herauszuziehen und dafür ein saftiges Trinkgeld verlangten – gibt es stellenweise hier und dort sogar heute noch! Während somit den Bürgern auf offener Strasse freie Fahrt garantiert war, musste oft an Brücken eine Abgabe entrichtet werden, auch wenn diese von den Behörden errichtet worden waren.

So wurde 1758 über den Río Luján eine Brücke geschlagen, für deren Passieren „arbitrarisches“ ein „pontazgo“ gefordert wurde. Und am 4. Mai 1857 wurde in San Antonio de Areco über den gleichnamigen Fluss in 14monatiger Arbeit eine Ziegelbrücke gebaut, wo gleichfalls – hier aber offiziell – eine Maut erhoben wurde. Diese Brücke existiert heute noch und befindet sich in ausgezeichnetem Zustand, ist freilich seit 1972 für den Fahrzeugverkehr gesperrt.

Die 160 Kilometer lange Autobahn Rosario – Santa Fe wurde zwischen 1963 und 1967 für Mautbetrieb gebaut, doch wurden zunächst keine Gebühren erhoben, bis dann Ende der 80er Jahre die allgemeine Maut für Überlandstrassen auch hier eingeführt wurde.

AUSFLÜGE UND REISEN

Überall läuft der Karneval an

Im anstehenden Februar beginnt der Karneval allenthalben auf vollen Touren anzulaufen. Erwähnenswert sind besonders die farbenprächtigen Kostümmzüge in Gualeguaychú und weiteren Städtchen von Entre Ríos und Corrientes. In Gualeguaychú defilieren diesmal drei Comparsas mit jeweils vier Karossen und rund 250 Teilnehmern, die den berühmten Scolas do Samba von Rio kaum nachstehen; Umzüge an jedem Samstag im Februar sowie am 5. März.

Doch es ist vor allem im Nordwesten, wo der Mummenschanz dank seiner Vermischung mit Eingeborenenbräuchen sehens- und erlebenswert ist. Denn nirgendwo anders sind die Festlichkeiten heute noch genau so traditionsverbunden wie vor Jahrhunderten.

Insbesondere in der Quebrada de Humahuaca wickelt sich das Karnevalstreiben nach uralten Riten ab. Tilcara, Maimará, La Juelia und Humahuaca in der Quebrada, Abra Pampa und La Quiaca auf dem Tafelhochland sowie die Provinzhauptstadt San Salvador de Jujuy sind die Orte, wo sich das bunte Treiben abspielt.

Die Festlichkeiten laufen nach



Karnevalskostüme in der Quebrada.

festgelegten Sequenzen ab. Denn es gibt zum Einstimmen den Carnaval de Ablande, und dann je nach Ort den Carnaval Puneño (auf der Puna), den Humahuaqueño und den Quebradeño, den Carnaval Chico und schliesslich den Entierro del Carnaval, bei dem zum Abschluss, am Domingo de Tentación, der Teufel als Inbegriff des Karnevals bis zum kommenden Jahr „beerdigt“ wird.

Bei Gelegenheit kann man übrigens im Museo Regional de Folklore in Humahuaca eine Sammlung typischer Karnevalskostüme besichtigen, unter denen der Gaucho, der Teufel, der „Doctor“ (Arzt), der Koch oder Bäcker und der Indio nie fehlt, und bei den Frauen die Zigeunerin.

Heutzutage ist Jujuy nur noch zwei Flugstunden von Buenos Aires entfernt. Obwohl sich das

Geschehen praktisch unter dem Wendekreis des Steinbocks (in Huacalera) abspielt und die Sonne senkrecht vom Himmel scheint, sind die Nächte dank der grossen Höhe frisch und angenehm. Zahlreiche erst jüngst eröffnete Hotels zwischen San Salvador und Humahuaca bieten bequeme Unterkunft zu akzeptablen Preisen.

Info in der Casa de la Provincia de Jujuy, Santa Fe 967, Fernruf 4393-6096, E-mail turismo_jujuy@yahoo.com.

So fuhr man früher

An der Costanera Sur läuft derzeit eine Ausstellung, welche die Geschichte einer urargentinischen Erfindung zum Gegenstand hat: den Colectivo.

In der ehemaligen Confitaría Munich, später vorübergehend das Museo de Telecomunicaciones, sind Fotos, Fahrpläne, Billettmaschinen und ausserdem mehrere leibhaftige Colectivos zu sehen, in die man – leicht gebückt – auch einsteigen kann. Dienstags bis freitags von 14 bis 18 (freier Eintritt), samstags und sonntags von 12 bis 18 (ein Peso). Bis Ende Februar.

Marlú

Folklore und ein bisschen Pop

Musikfestival in Cosquín in der Provinz Córdoba

Von wegen einsam: Vor der Rekordzahl von 12.000 Zuschauer sang Soledad Pastorutti beim Musikfestival in Cosquín. Begleitet von einer Band begeisterte die Sängerin mit einer fetzigen Mischung aus Pop-Musik und Folklore. Der Auftritt von "La Sole" manifestierte einen Trend: Mehr Künstler, die nicht mit ursprünglicher Folklore aus dem Landesinneren auftreten, stehen auf dem Programm und sollen jüngere Generationen für das Festival begeistern.

Zum Auftakt am Sonntag tanzte das offizielle Cosquín-Ballett die "Hymne an Cosquín". Außerdem feierten die Zuschauer den Geiger Néstor Garnica mit Ovationen. Seine Mixtur aus Klassik und Jazz wurde unterstützt von der trockenen Stimme von Hugo Alejandro Garnica. Der Gitarrist und Sänger Víctor Heredia brachte mit einigen Titeln seine Verehrung von Mercedes Sosa zum Aus-



Soledad riss die zumeist jungen Fans von den Sitzen.

druck.

Mariana Carrizo aus Salta musste zwar nach dem fulminanten Auftritt Soledads erst um das Publikum kämpfen, am Ende des Konzerts sangen die Zuschauer Carrizos Coplas begeistert mit. Musikalisch aus einer ähnlichen Heimat kam die Chacarera-Gruppe "Los Carbajal".

Das Publikum zum Tanzen, Klatschen, Singen und Feiern brachte am Mittwoch "La Junta-

da". Die Musiker Peteco Carabajal, Raly Barrionevo und das Duo Coplanacu, alle aus Santiago del Estero, boten Folklore aus ihrer Heimat mit Geigen, Gitarren und Gesang.

Das Festival endet morgen nacht. Wie schon im Laufe der kompletten Veranstaltung werden mit Sicherheit Hunderte im Anschluss noch in den Peñas weiter feiern.

JR

Fußball

Kein Ende

Nur 43 Minuten dauerte am Mittwoch das Spiel River Plate gegen Racing. Beim Stand von 0:0 brach Schiedsrichter Rafael Furchi die vorletzte Begegnung des "Sommer-Cups" in Salta ab. "Fans" aus dem Racing-Fanblock hatten zwei Rauchbomben auf den Rasen geworfen, Furchi sah die Sicherheit der Spieler nicht mehr gewährleistet. Vier Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen. Das bedeutungslose Sommerturnier gewann übrigens San Lorenzo nach einem 1:0 gegen Boca.

Fußball

Platz für Placente

Bayer 04 Leverkusens Verteidiger Diego Placente steht im Aufgebot für das Länderspiel am 9. Februar in Düsseldorf gegen Deutschland. Dies gab Nationaltrainer José Pekerman bekannt. Placente ist nach der verletzungsbedingten Absage des Wolfsburger Spielers D'Alessandro der einzige Bundesliga-Profi im Kader. Erstmals wieder zum Aufgebot gehören Hernan Crespo (AC Mailand) und Pablo Aimar (FC Valencia). (dpa/AT)

Hommage an eine nackte Badenixe

Filmzyklus "Fiebre de Sarli por la noche" im Palais de Glace

"Achtung, gleich geht sie baden." So oder so ähnlich dürften sich tausende junge Argentinier in den 50er und 60er Jahren in den Kinos gefreut haben. Denn immer wenn ein Film mit Isabel "Coca" Sarli lief, raubte sie mit ihren nackten, runden Kurven den Atem. "Wenn Isabel nicht badet, dann ist es kein Film von Isabel Sarli", sagte ihr Regisseur und jahrelanger Liebhaber Armando Bó einst. In der Tat, erinnert sich Coca, habe sie wohl häufiger als jeder andere Mensch in den Wasserfällen von Iguazú gebadet.

Bis kommenden Donnerstag ehrt das Nationale Institut für Kino und Audiovisuelle Künste (INCAA) die Sarli mit einer Filmreihe im Palais de Glace. "Hätten wir das vor 50 Jahren gemacht, dann wäre das wohl als subversiv angesehen worden", scherzt INCAA-Direktor Jorge Alvarez. Aber wenigstens, freut sich Coca, erlebe sie die Hommage noch vor ihrem Tode.

Denn noch in den 50ern und 60ern waren Sarli und das Vorgängerinstitut des INCAA nicht gerade befreundet. Die Zensur beschnitt die Streifen nach scharfen Richtlinien. Mit Filmrollen im Gepäck reiste die Sarli einmal nach England, um den erstaunten Briten das entfallene Material zu präsentieren. Heute arbeitet das INCAA an einem Film, der die zensurierten Szenen zusammenfasst.

"Einen ersten revolutionären Versuch die künstlerische Freiheit im Kino zu erkämpfen" nennt Kinoexperte Carlos Polimeni die heute unschuldig naiv wirkenden Werke von Sarli und Bó. Allerdings musste der Regisseur häufig improvisieren: "Statt einem Drehbuch, gab mir



Isabel „Coca“ Sarli

(Foto: JR)

Armando einmal ein weißes Blatt in die Hand", schwelgt Coca in Erinnerungen. An Requisiten habe man eben benutzen müssen, was eben da war. So entstanden die Filme meist spontan. Ihre Mutter habe sie nach Dreharbeiten im Dschungel von Paraguay ob ihrer zerkratzten Haut einst gefragt, ob sie von einem Krieg heimkäme.

Die Sarli war aber auch eine Botschafterin ihres Heimatlandes. Sie badete stets an den schönsten Orten Argentinien, vor dem Perito Moreno oder eben in Iguazú. Damit löste sie vor allem in Japan eine Sarli-Hysterie aus, auch nach Hollywood reiste sie. Bei den Wahlen zur Miss Universe vor vierzig Jahren vertrat die damals amtierende Miss Argentinien ihr Land als Kolla-Mädchen. Sie trug Zöpfe und einen Vicuña-Poncho, den sie vom früheren Präsidenten Juan Domingo Perón persönlich geschenkt bekommen hatte.

Gewonnen hat sie diese Wahl nicht. Würde man heute aber die Argentinier nach dem Sexsymbol der 60er befragen, mit Sicherheit würde Coca, die Badenixe, gewinnen.

JR

"Espacio INCAA KM 3" im Palais de Glace (Av. Libertador 1248), jeweils um 16, 18 und 20 Uhr (Eintritt 3 Pesos, Rentner 2 Pesos): 29.1., "La mujer del zapatero". 30.1., "Carne". 3.2., "Desnuda en la arena". 4.2., "Fiebre". 5.2., "La dama regresa". 6.2., "El trueno de las hojas". Die Serie läuft im Februar auch in anderen Provinz-Hauptstädten mit INCAA-Kinos (www.incaa.gov.ar).

Ein Abend voller Freude

„Tango Emotion“ im Centro Cultural Borges

„Wir wollen Ihnen einen Abend voller Freude schenken. Genießen Sie ihn.“ ruft Enrique Cuttini dem Publikum von „Tango Emotion“ zu. Die Zuhörer danken es ihm und gehen bei dem bunten Tanzabend voll mit. Gleich zu Beginn öffnen Cuttini am Klavier und sein Quintett, die Ohren der Zuschauer mit dem klassischen Maiskolben „El Choclo“.

Zwei Tanzpaare zeigen im Lauf der Veranstaltungen bei verschiedenen Tangos, Milongas und Tango-Walzern im Dreivierteltakt ihr Können. Was allerdings passiert, wenn zwei Ungewöhnliche tanzen und die Knieschwünge nicht wie gewollt in der Luft, sondern im Tanzpartner enden, demonstriert ein Paar in einer komödiantischen Einlage zu den Klängen von Angel Villoldos Milonga „El torito“. Den Argentinern bestens vertraut, für Touristen mit Sicherheit neu, beschließt der beliebte Hochzeitswalzer „Lagrimas y sonrisas“ tränenreich und fröhlich lachend den ersten Teil.

Ungewohnt, aber nicht zu gewagt, präsentieren die Tänzer Astor Piazzollas „Libertango“. Sie wirbeln statt wie gewohnt in Anzug und aufreizendem Kleid in schwarzer Lederkluft über die Bühne. Zu Quatromanos Walzer „Quiero ser tu sombra“ stimmt José Luis Marina, eigentlich der Geiger, mit der Charango ein.

„Tango Emotion“ - der Name wurde bewusst englisch und nicht spanisch gewählt - begeisterte auf 28 Tourneen in 18 Jahren die Zuschauer in Japan. Nun schenken Cuttini und sein Ensemble den Fremden und Einheimischen wieder in Buenos Aires einen Abend voller Freude. Alle Mitwirkenden bedanken sich nach dem Konzert persönlich bei den Zuhörern - und stehen für ein Abschiedsfoto zur Verfügung.

JR

(„Tango Emotion“, Centro Cultural Borges, Viamonte/San Martín, Freitag und Samstag, 20.30 Uhr, Eintritt: 20 Pesos, Balkon und Rentner 15 Pesos.)



Mariana und Sebastián

1,5 Mrd. (1,5%) zugenommen.

Die spanische Telefónica hat ihre Klage gegen Argentinien beim Weltbankausgericht Icsid (span. Ciadi) wieder in Gang gebracht. Sie forderte im Juli 03 einen Schadenersatz von US\$ 2,83 Mrd. Aufgrund der Verhandlungen mit der argentinischen Regierung war die Klage bis Dezember 04 vorübergehend eingestellt worden.

Argentinische Kfz werden bereits 36 Staaten geliefert. Unter ihnen befinden sich neuerdings auch Angola, Syrien, die Arabischen Emirate, Vietnam und El Katar. Hauptabnehmer sind weiter Mexiko, Brasilien und Chile.

Die von der schweizerischen Holcim kontrollierte Zementfabrik Minetti hat 04 Aktien für \$ 150 Mio. ausgegeben. Sie war von der Argentinischen Wertschriftenkommission bevollmächtigt worden durch 2 Jahre, die jetzt abgelaufen sind, neue Aktien für \$ 600 Mio. auszugeben, hat jedoch nur von 25% davon Gebrauch gemacht.

Nach Bearbeitung der letzten Daten über die Industrieproduktion 04 hat die Wirtschaftsführung ihre BIP-Wachstumsprognose für 05 von 4% auf 5,5% erhöht. Die Erhöhung der Industrieproduktion um 10,7% im Vorjahr würde bereits einen bedeutenden statistischen Überhang geschaffen haben.

Die politischen Spannungen in Bolivien würden die Lösung der Gasversorgung für den argentinischen Nordosten auf frühestens Mitte 07 verchieben. Es geht dort auch indirekt um die Erdgaslieferungen nach Argentinien.

Nach dem Veto des Haushaltsplanes 05 der Provinz Buenos Aires durch den Gouverneur, trat die Verlängerung des Vorjahresplanes in Kraft, die im Amtsblatt vom 24.1.05 veröffentlicht wurde. Das Dekret 1/05 besagt, dass der Gouverneur laut Paragraph 20 des Gesetzes Nr. 13.154 die Haushaltsposten den Notwendigkeiten der Regierung anpassen kann. Die Verlängerung des bisherigen Haushaltsplanes finde nur statt, um die notwendigen Dienstleistungen zu sichern.

Trotz der Regierungsangaben über die grössere Teuerung haben sich die Zinssätze am Platz nicht geändert. ZB-Mitteilungen zufolge betragen sie für Fristeinlagen auf 30 Tage im Durchschnitt 2,75% bzw. 0,23% im Monat. Sparkasseneinlagen erhalten im Durchschnitt 0,06% im Monat bzw. 0,73% im Jahr.

Nach Angaben der ZB betrug im November der Prozentsatz maroder Bankkredite an die Privatwirtschaft 20,7%. Das waren um 1% weniger als im Vormonat, um 13% weniger als im Dezember 03 und den Grössenordnungen vor der Wirt-

schaftskrise bereits sehr ähnlich.

Einem Bericht des Veraz Kundendienstes zufolge war die Zahl der 04 wegen Nichtzahlungen kaufmännischer Verpflichtungen angestregten Prozesse mit 68.833 um 7% geringer als 03 und um 23% geringer als 02. Es wurden die begonnenen Rechtsschritte verzeichnet, nicht die gefällten Urteile. Ein Prozess dieser Art dauere durchschnittlich 4 Jahre, so dass die Ergebnisse keine Rückschlüsse auf die derzeitige Wirtschaftsentwicklung gestatten.

Die Ernte der verschiedenen Weizensorten ist abgeschlossen. Von einer Saatfläche von 6,09 Mio. ha wurde auf 5,95 Mio. ha geerntet, von denen 16,3 Mio. t Weizen, durchschnittlich 2,74 t/ha, eingebracht wurden, wie die Getreidebörse von Buenos Aires gemeldet hat. Mit einer um 2,9% grösseren Saatfläche als im Vorjahr, wurde um 7,5% mehr Weizen geerntet. Die nicht geerntete Aussaat, 2,3% der Gesamtfläche, ergab sich in den Dürregebieten der Nordprovinzen, sowie des Nordens von Córdoba und Santa Fe.

Die dänische Maersk Reederei hat im Hafen von Rosario, auf 100 qm Fläche, eine neue Niederlassung eröffnet. Sie hat bereits Filialen in Buenos Aires und Mendoza.

Die argentinische Stahlerzeugung erreichte 04 den neuen Rekord von 5,12 Mio. t Rohstahl, um 1,8% mehr als 03. Wie der Hüttenverband bekanntgab, wurde eine ähnliche Erzeugung das letzte Mal 1993 erreicht. Der Pro-Kopf-Verbrauch stieg gegenüber 03 um 20% auf 112 kg/Jahr und erreichte wieder den Stand von 1999.

Die Banco de la Nación gab für das Geschäftsjahr 04 einen Gewinn von \$ 900 Mio. bekannt. Es seien die ersten schwarzen Zahlen der letzten 11 Jahre.

Das Weltkomitee der Inhaber defaulter argentinischer Staatspapiere (GCAB im englischen Kürzel) hat ihr Road show gegen die Annahme des argentinischen Umschuldungsangebotes begonnen. Sie erklärt, Argentinien könne 55,2% des Nennwertes der Bonds bezahlen.

Die Notarsvereinigung der Provinz Buenos Aires hat bei der Justiz gefordert, dass das Geldwäschegesetz Nr. 25.246 als verfassungswidrig erklärt werde. Der Geist des Gesetzes werde nicht in Frage gestellt, doch die von den Notaren geforderte Umsetzung verstosse gegen das Privatrecht der Personen und verpflichte die

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,95. Die Terminkurse betragen zum 31.1. \$ 2,930, 28.2. \$ 2,940, 31.1. \$ 2,950, 29.4. \$ 2,960. 31.5. \$ 2,970 und 30.6. \$ 2,980.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 4,5% auf 1,378,43, der Burcapindex um 3,5% auf 3.070,14 und der Börsenindex um 3,4% auf 556.861,41.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,7% auf \$ 1,9902.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 24.1.05 US\$ 19,94 Mrd., der Banknotenlauf \$ 35,39 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 19,73 Mrd. bzw. \$ 37,32 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 19,42 Mrd. bzw. \$ 37,47 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 14,63 Mrd. bzw. \$ 28,21 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der De-

visenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 25.1.05 122,8%.

Einer ZB-Mitteilung zufolge befinden sich noch 500.000 Einpesogeldscheine in Umlauf, die ab dem 1.1.92 herausgegeben und ab dem 1.9.95 durch die derzeitigen Einpesomünzen abgelöst wurden. Diese Geldscheine haben weiter volle Gültigkeit.

Central Costanera, das der chilenischen Endesa gehörende, grösste Wärmekraftwerk Argentiniens, gab der Börse für 04 \$ 65,2 Mio. Gewinn an. Das waren um 81% mehr als im Vorjahr. Der Operative Gewinn habe \$ 188,8 Mio. betragen, um 16% mehr als im Vorjahr.

Die bis vor kurzem vom derzeitigen ZB-Präsidenten Redrado geleitete Capital Stiftung gab bekannt, dass private Fristanlagen in Banken im Januar um rd. \$ 1,2 Mrd. zugenommen haben. Die Gesamten Bankanlagen haben im selben Monat um \$

**KAUFE VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

CGT fordert 40Stundenwoche

Die bereits 2004 gestellte Forderung des CGT Gewerkschaftsbundes, die derzeit gesetzlich bestimmte 48Stundenwoche, bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern, auf 40 Stunden zu verringern, soll noch in diesem Jahr erkämpft werden, wie verschiedenen Äusserungen entnommen werden kann.

Auch in Brasilien, wo die 44Stundenwoche seit Jahren Gesetz ist, versucht der CUT Gewerkschaftsbund, der Regierung Da Silva die 40Stundenwoche abzurufen. Ab dem 1.1.05 sind in Chile statt der 48 Arbeitsstunden nur mehr 45, bei gleichbleibenden Entlohnungen, Gesetz geworden. Da im argentinischen Entlohnungsrat, der ausser von Regierungsvertretern auch von Gerwerkschafts- und Unternehmensvertretern gebildet wird, mit einer schroffen Ablehnung letzterer gerechnet wird, suchen die Gewerkschaftsvertreter in diesem Wahljahr, die politische Entscheidung der Regierung, durch Verringerung der Arbeitsstunden bei gleichbleibenden Löhnen, zusätzliche Arbeitsstellen zu schaffen.

Als Beispiel werden die U-Bahnen von Buenos Aires angeführt. Anfangs wurde für angeblich ungesunde Arbeiten der Sechsstundentag durchgesetzt und anschliessend auf alle Angestellten erweitert. Auch wird von der CGT angeführt, dass argentinische Arbeitnehmer, einem Bericht der Weltarbeitsorganisation zufolge, im Durchschnitt 2.100 Stunden in Jahr arbeiten, gegen 1.900 Stunden in Brasilien und Chile.

Dazu kommen eigene Erklärungen der Gewerkschaftsführung. Sie führen an, dass Argentinien Arbeitnehmer 54 bis 60 Wochenstunden arbeiten, auch werden zehn Stunden im Tag ins Treffen geführt, sowie Fälle von 14 Stunden ohne freie Wochentage. Das seien allerdings Einzelfälle in der Hauptsaison in Ferienressorts an der Atlantikküste.

Hauptargument des Gewerkschaftsbundes ist jedoch die zusätzliche Arbeitsbeschaffung. Nach Angaben des Statistikamtes beträgt die Arbeitslosigkeit 13,2%. Und in Chile mit 8,6% und Brasilien mit 10,5% Arbeitslosigkeit mache die Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten zur Beschaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen Fortschritte.

Eine grundlegende Frage wurde von den Gewerkschaften bis jetzt noch nicht beantwortet. In der EU verlegen Firmen in Deutschland und anderen Staaten ihre lohnintensiven Fertigungen zunehmend in Billiglohnstaaten, wie die Tschechei, die laxere Arbeitsbedingungen haben, und in Argentinien haben sich die Gewerkschaften durch viele Jahre gegen die rund 50%ige Schwarzarbeit, die sie bedeutende Gewerkschaftsbeiträge kostet, die Unternehmen bei ordnungsgemäss eingetragenen Arbeitskräften einbehalten und abführen müssen, als völlig hilflos erwiesen. Werden die von ihnen vorgeschlagenen Mass-

Notare unter Strafandrohung, mutmassliche Rechtswidrigkeiten anzuzeigen. ***

Das Erdgasvertriebsunternehmen MetroGas gab bekannt, dass die Niederdruckleitungen für Endverbraucher im Vorort Bernal Este erneuert werden. Die bestehenden Stahlrohre werden durch Hochdruck-Kunststoffrohre ersetzt. Dafür werden neuartige Techniken der offenen Rohrlegung sowie unterirdische Bohrungen mit einer intelligenten Maschine für \$ 600.000 durchgeführt. ***

Das französische Zementunternehmen Lafarge, das 3.grösste der Welt, hat seine indirekte Beteiligung an der argentinischen Zement Avellaneda, der 3.grössten Argentinien, verkauft. Lafarge hat ihre 43% der katalanischen Molins, die 50% von Zement Avellaneda besitzt, an der spanischen Börse verkauft. Die anderen 50% der Zement Avellaneda gehören der spanischen Uniland. Nach Loma Negra, die hier 48% Anteil am Zementmarkt hat, und die von der Schweizer Holcim kontrollierten Mi-

Argentinischer Aussenhandel

A. Chiaradía, seit zwei Monaten Staatssekretär für Aussenhandel, hat E. Galli von der Zeitung La Nación, ein Interview gewährt, dem wir folgende Punkte entnehmen: Ihm obliege es, die schwierigsten Märkte der Welt, die EU und die USA, für argentinische Ausfuhren zu erobern. Dafür gebe es keine Zauberformel. Sein Argument seien die potentielle Zukunftsentwicklung Argentinien und des Mercosur.

Als ehemaliger Botschafter Argentinien vor der Welthandelsorganisation (WHO) weiss er, wie schwer es ist, die Massnahmen, die bereits im vergangenen Dezember beschlossen gewesen sein sollten, in handfeste Tatsachen umzusetzen: Wesentliche Besserung der Marktzuwünge, schrittweiser Abbau der Ausfuhrsubventionen und die wesentliche Verringerung verzerrender heimischer Fördermassnahmen.

Doch wurden gerade hier keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Der grösste Erfolg der Doharunde war, die WHO gesund am Leben zu erhalten. Das mag bescheiden klingen, ist für die landwirtschaftsbezogenen Entwicklungsländer jedoch äusserst wichtig, um weiter verhandeln zu können. Bisher ist der Mercosur der EU entgegen gekommen und hat statt Zollermässigungen, was das richtige wäre, sich zu einem Quotensystem bereit erklärt. Für 11 Ausfuhrprodukte sollte Quoten von 3-3,5% des Gesamtverbrauches der EU zu Nullzöllen festgelegt werden. Das Gegenangebot der EU lautete auf 0,6% des Verbrauches mit 14% Zoll, der über die Quote hinaus 75% betragen wird.

Bei den ALCA-Staaten ist die Lage anders. Sie erzeugen keine bedeutenden Mengen landwirtschaftlicher Ausfuhrüter, so dass eventuelle Markterleichterungen für die Wirtschaftsmächte EU und USA kein Problem darstellen. Argentinien und Brasilien seien jedoch so bedeutende Konkurrenten, dass sie glauben, sich zusätzlich schützen zu müssen.

Die Verhandlungen sind sehr langsam. Doch sie beschleunigen hiesige, ungebührliche Konzessionen zu machen. Und das wäre ein echter Misserfolg für die Zukunft. Die EU will vom Mercosur Fleischeinfuhr von 60.000 t gestatten. Dabei sei unklar, wieviel auf Argentinien entfallen würden. Nicht einem die Schlachthöfe erwägen eine Einigung auf solchen Grundlagen.

Zu den Unstimmigkeiten innerhalb des Mercosur erklärte Chiaradía, sie müssten und würden intern gelöst werden und hätten nichts mit dem Verhandlungspartner Mercosur zu tun.

netti mit 33% Marktanteil, ist Cemen-teral Avellaneda mit 16% die 3.grösste am Platz. Lafarge besitzt in Argentinien auch die Kachelzementfabrik Klaukol. Platzgerüchte über ein Kaufinteresse von Lafarge an Loma Negra konnten bisher nicht bestätigt werden. ***

Die bedeutende Zunahme des Fremdenverkehrs hat in- und ausländische Fluggesellschaften veranlasst, Flugdienste nach Argentinien zu erweitern oder zu beginnen. Zusätzliche Dienste bieten Southern Winds, American Airlines, United Airlines, Tam, Air Canada, Air France, British Airways, Mexicana, Iberia, Aerolíneas Argentinas, Alitalia und Lan Chile. Neuankömmlinge sind Gol, Delta, Uair und Air Class und bindend angekündigt die Dienste von Sky, Conviasa, Air Madrid, Aerolíneas del Sur, Aviación Interamericana und Aeropostal. ***

Die Provinzregierung von San Juan hat Erdöl-Erforschungsarbeiten auf ihrem Gebiet ausgeschrieben. Gemeldet haben sich Phoenix Oil & Gas, PYT Consultoras und MC Servicio. Die Regierung will diese Forschungsarbeiten durchgeführt haben, bevor sie Erschliessungs- und Förderungsarbeiten ausschreibt. ***

Die Provinz Catamarca ist der grösste Olivenproduzent Argentinien. Auf mit Olivenhainen beplanteten 18.800 ha sollen in diesem Erntejahr 30 Mio. kg geerntet werden. In den nächsten 5 Jahren soll die Anbaufläche auf 27.700 ha erweitert sein. Wichtigste Olivenbezirke der Provinz sind Capayán, Valle Viejo, Pomán und Tinogasta. ***

Der Flughafenkonzessionär Aeropuertos Argentina 2000 will den Flugplatz von Mendoza, El Plumerillo, von 10.000 auf 12.000 qm erweitern, damit gleichzeitig bis zu 5 Flüge abgefertigt werden können. Die Kapazitäten sollen 1 Mio. Fluggäste des In- und Auslandsverkehrs empfangen können. ***

EPE, das Elektrizitätsunternehmen der Provinz Santa Fe, gab seinen Infrastruktur-Investitionsplan für Santa Fe Stadt und Rosario bekannt. Für \$ 30 Mio. sollen Trafo-Stationen errichtet und Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen erweitert bzw. erneuert werden. Die Finanzierung wird von einer Treuhand durchgeführt, die von den Börsen und Werteschriftenkommissionen der Städte Santa Fe und Rosario verwaltet werden. ***

Came, der Verband mittelständi-

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Frieda Roosen-Runge geb. Eger, 83, am 6.1.
RUTH SIGRID STÅLHANDS-KE geb. REX-PETERSEN, am 21.1.

Geburtstage im Altersheim „Los Pinos“

Schulz Hildegard, 84, am 13.02;
Gomez del Valle Emilia, 76, am 13.02; Tivo Ana geb. Locher, 92, am 14.02; Bameule Enriqueta, 81, am 16.02; Klempau Enriqueta, 84, am 25.02; Sauer Manfred, 66, am 27.02; Aquilone Angelina, 84, am 28.02.

Todesfälle im Altersheim „Los Pinos“

Trudinger Ursula, 68, am 01.01;
Amenabar Angélica, 83, am 06.01; Stieben Otilia, 81, am 07.01; Wüst Guillermo, 80, am 07.01.

Investitionen der französischen Kfz-Industrie

Nach Beendigung der Verhandlungen zwischen den beiden Staatspräsidenten Argentiniens und Frankreichs blieb Wirtschaftsminister Lavagna in Paris, um mit den Stammhäusern der hier ansässigen französischen Kfz-Fabriken, PSA Peugeot-Citroën und Renault, über ihre künftigen Investitionen in Argentinien zu verhandeln.

Lavagna will Firmen, die mehr investieren, von der Regierung aus wirtschaftlich belohnen. Dazu halten besonders die Staatsschulden aus den Verschrottungsplänen her. Damals wurde für alte Fahrzeuge, die von ihren Besitzern zur Verschrottung ausgeliefert wurden, eine Subvention erteilt, die als Anzahlung für ein fabrikneues Fahrzeug geltend gemacht werden konnte. Damit wurde der Absatz neuer Wagen und damit mehr Arbeit in den Fabriken erfolgreich gefördert. Die Fabriken gewährten die Rabatte, doch der Staat blieb die Rückzahlung der Beträge weitgehend schuldig. Der Anteil und die Zahlungsfristen der geschuldeten Beträge, den die Fabriken erhalten sollen, bildeten der Kernpunkt der Besprechungen. Auf der Haben-Seite der Argumente des Ministers stand auch, dass der Kfz-Bereich die Industrie war, die 2004 die grösste Wachstumsquote gegenüber dem Vorjahr, 53,3%, ausgewiesen hat.

PSA Peugeot-Citroën hat sich verpflichtet, bis 2007 US\$ 150 Mio. in zwei neue Produktionsbänder zu investieren und damit den Kfz-Ausstoss zu verdoppeln sowie die Fertigung von Zulieferteilen zu verdreifachen. Im März 04 hatte sich Peugeot verpflichtet, in die Fertigung der Neufassung des 307 US\$ 60 Mio. zu investieren und erweiterte im September den Gesamtplan 2005/07 auf US\$ 135 Mio. Über Investitionsabsichten von Renault wurden keine Einzelheiten bekannt gegeben. Ihre Niederlassung in Argentinien, die durch Jahre die Rangliste der Produktionszahlen angeführt hatte, befindet sich in Umstellungs-Schwierigkeiten und ihr Werk in der Provinz Córdoba steht vorübergehend praktisch still.

Repsol-YPF investiert US\$ 1,2 Mrd.

Bei ihrer Verhandlung mit Präsident Kirchner und Planungsminister De Vido gaben der neue Präsident von Repsol-YPF, Antonio Brufau, und der neue Generaldirektor für Argentinien, Brasilien und Bolivien, Enrique Locutura, deutlich zu verstehen, dass sie zu einer gütlichen Verständigung mit der argentinischen Regierung bereit seien. In diesem Jahr würde das Unternehmen in Argentinien US\$ 1,2 Mrd. investieren, gegen US\$ 905 Mio. im Vorjahr.

Unter den Investitionsvorhaben befänden sich die Erweiterung der Erdgasleitung Nord (TGN) in die Repsol-YPF über eine Treuhand US\$ 100 Mio. investieren wird. Die Erweiterung werde zusätzlich 1,8 Mio. cbm/Tag für die Industrien im Norden und den Zentralgebieten des Landes befördern können. Für Investitionen in die Raffinerien in Luján de Cuyo und La Plata seien US\$ 470 Mio. vorgesehen. Von dort sollen bis 2008 Kraftstoffe mit einem geringeren Schwefel- und Geruchstoffgehalt auf den Markt gebracht werden.

Die Nordost-Erdgasleitung sei in diesen Plänen noch nicht vorgesehen. Ihre Legung hänge von einer Reihe ungelöster Fragen, besonders in Bolivien, ab. Dennoch seien in dem Gesamtinvestitionsplan von US\$ 3,4 Mrd. bis 2009 für diese Leitung bereits mindestens US\$ 750 Mio. bereitgestellt worden. Schliesslich kommt noch als Investitionsobjekt das neue grosse Bürogebäude in Puerto Madero.

schers Unternehmen, gab in einer Erklärung bekannt, dass die Schwarzverkäufe in Buenos Aires Stadt \$ 800 Mio. im Jahr betragen. Dafür würden 20.000 Schwarzarbeiter beschäftigt. Die damit hintezogenen Steuern (Mehrwert-, Gewinn- und Schecksteuern) würden \$ 255 Mio. im Jahr betragen, die hinterzogenen städtischen Gebühren \$ 34 Mio. und die hinterzogenen Sozialbeiträge \$ 40 Mio. Er lehne zusammen mit anderen Organisationen die neue Stadtverordnung ab, die den freien Strassenverkauf gestat-

tet, da die Stadtverwaltung damit den Schwarzhandel fördere. Der Unternehmensverband CGE forderte hingegen Schutz für den freien Strassenverkauf aus sozialen Gründen, da seine Umsätze für den Gesamthandel unbedeutend seien. Die CGE habe ermittelt, dass der freie Strassenverkauf nur für 1% der Kaufleute eine Schwierigkeit bedeute.

Spaniens Investitionen in Argentinien machen 26% aller Auslandsinvestitionen und 47% aller europäi-

Verzögerung bei Erweiterung der Gasleitungen

Die geplanten Erweiterungen der Stamm-Erdgasleitungen TGN und TGS werden in den von der Regierung vorgesehenen Fristen nicht fertiggestellt sein. Als sie im Mai 04 als vorrangige Bauvorhaben des Nationalen Energierprogramms vorgestellt wurden, rechnete sowohl das Planungsministerium als auch das Energiesekretariat, dass beide im Juli, dem Beginn der betonten Verbrauchszunahmen mit dem ersten Wintermonat 2005, vollkommen funktionstüchtig sein würden.

Verzögerungen bei den Ausschreibungen zur Verpflichtung der Bauunternehmen werden höchstens gestatten, dass die TGS-Leitung Ende Juli, statt der vorgesehenen, zusätzlichen 2,9 Mio. cbm/Tag, zusätzlich etwa 1 Mio. cbm/Tag befördern können wird. Bei der Leitung der TGN, die die Gaslager in Bolivien und den argentinischen Nordwestprovinzen mit den Verbrauchsgebieten im Norden und im Zentralgebiet Argentiniens verbindet, wird bis Eintritt des Winters bestenfalls der Leitung in Salta eine zusätzliche Beförderung von 200.000 cbm/Tag und in Tucumán von 700.000 cbm/Tag ermöglicht sein. Das ist die Hälfte der im Nationalplan vorgesehenen zusätzlichen 1,8 Mio. cbm/Tag. Die Industriegebiete der Provinz Córdoba, denen weitere 900.000 cbm/Tag zugesagt wurden, können mit diesen erst nach August rechnen.

Absatzplus 2004 bei Supermärkten und Shoppings

Im Dezember vergangenen Jahres haben die Supermarktketten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 9,7%, die Shoppings um 14,4% mehr, abgesetzt, wie das Statistikamt Indec bekanntgegeben hat. Damit haben die Verkaufsmengen dieser beiden bedeutenden Warenvertriebe mehr zugenommen, als die Wirtschaft des Landes.

Dem Indec zufolge haben die Verkäufe der Supermärkte in laufenden Werten 2004 um 10,3% zugenommen, das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben der Zentralbank um 8,5%. Bei den Shoppings war der Unterschied noch ausdrücklicher. Zu laufenden Preisen legten die Umsätze gegenüber 2003 um 35,5% zu. Die 28 vom Statistikamt laufend befragten Shoppings haben 2004 Bekleidung, Schuhwerk, Tonträger und Bücher, sowie Dienstleistungen wie Restaurant- und Kaffeehausbetriebe, für über \$ 2,97 Mrd. abgesetzt. Im Dezember waren die Supermarktumsätze im Vorjahresvergleich mit Teuerungsberichtigung um 9,7%, ohne Teuerungsberichtigung um 15,7% grösser als vor einem Jahr.

Dem Indec zufolge gewinnen die Supermarktketten wieder Kunden zurück, die sie nach der Abwertung an die Selbstbedienungsläden verloren haben. In den letzten vom Indec ermittelten 12 Monaten konnten die überprüften 73 Supermarktketten \$ 18,27 Mrd. umsetzen.

Eine parallel zu den Indec-Ermittlungen, von Latin Panel durchgeführte Marktforschung ergab, dass der Verbrauch von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie Parfümerie- und Reinigungsprodukten, 2004 gegenüber dem Vorjahr mengenmässig um 3% zugenommen hat. Diese Marktarbeit schloss Supermärkte und alle anderen Geschäfte der Branchen ein. Die 3%ige Verbrauchszunahme ergibt mit der rd. 7%igen Teuerung ungefähr die vom Statistikamt festgestellte Umsatzzunahme um rund 10%.

schen Investitionen aus.

Die Provinzregierung von Entre Ríos gab ihrer Besorgnis Ausdruck, weil die Angebote für die Ausschreibung für den Bau von 11 Kindergärten um 25% über den vorgesehenen Kosten liegen. Eine neue Ausschreibung werde in Erwägung gezogen. Die Kindergärten sollten in Schulen in Concepción del Uruguay, Gualeguyachú, Concordia, Federal, La Paz, Tala, Nogoyá, und Islas del Ibicuy gebaut werden. Als Ausgabe waren \$ 2,98 Mio. vorgesehen. Alle 5 Angebote lagen um etwa 25% über diesem Preis.

Auf direktes Ansuchen von Prä-

sident Kirchner hat sein spanischer Kollege Rodríguez Zapatero, über seinen Industrieminister Montilla, den spanischen Konzessionären privatisierter Dienstleistungsunternehmen in Argentinien nahegelegt, ihre Klagen beim Weltbankschiedsgericht Icsid (span. Ciadi) zurückzuziehen. Die Vertreter der Unternehmen machten dies jedoch von positiven Fortschritten bei den Neuaushandlungen der Verträge und Tarife abhängig.

Dass Wirtschaftsnotstandsgesetz Nr. 25.561, das durch das Gesetz Nr. 25.972 verlängert wurde, legt für die Entschädigungen bei ungerechtfertig-

tigten Entlassungen, nach Paragraph 245 des Arbeitsvertragsgesetzes (LCT), eine 80%ige Zulage fest. Damit ist die Anwendung dieser fast Verdoppelung der Entlassentschädigung eingeschränkter, als ursprünglich angenommen wurde.

Die Provinz Neuquén schafft 28,5% alle Finanzgeschäfte in Patagonien. Ausserdem hat sie das beste Bankeinlagen-/kredite Verhältnis. 45% aller Bankeinlagen werden als Kredite vergeben. Die Angabe wurde vom Amt des Kabinettschefs aufgrund von ZB-Unterlagen gemacht.

Anlässlich des Argentinienbesuches ihres Präsidenten Rodriguez Zapatero, forderten Vertreter spanischer Unternehmen mehr Rechtssicherheit für ihre Investitionen in Argentinien. Ihre Rechtslage sei ständigen Schwankungen unterworfen. So habe das Parlament 04 nicht weniger als 34 Wirtschaftsgesetze, das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) 79 Beschlüsse und die Justizinspektion weitere 20 Beschlüsse veröffentlicht, die jeweils die Lage der Unternehmen geändert haben. Auch die gesetzgebenden Körperschaften der Stadt und der Provinz Buenos Aires hätte je rd. ein Dutzend solcher Massnahmen getroffen.

04 wurde die ständige Zunahme unversicherter Kfz unterbrochen. Zum ersten Mal in 6 Jahren sind die versicherten Kfz mehr als 1999. Ab diesem Jahr ging die Zahl der versicherten Kfz ständig, insgesamt um 327.000 bis 2003, zurück. 04 waren 4,12 Mio. Kfz, rd. 65% des im Verkehr befindlichen Fahrzeugparkes, versichert, um 336.539 mehr als 03 und um 9.171 mehr als 1999.

Die Beraterfirma Price & Cook gab bekannt, dass die Internetaufkäufe 04 \$ 1 Mrd. erreichten. Das seien um 92% mehr als 03. Die Zahl der Internetaufkäufer habe die 900.000 Grenze überschritten. Am meisten werden Bekleidung, elektronische Geräte und Karten für Flugreisen, Theater und Kinobesuche über das Internet erworben.

In den ersten 10 Tagen des Umtausches der Defaultierten argentinischen Staatspapiere wurden, nach Angaben der Wertschriftenkommission, Bonds für US\$ 17,1 Mrd., eingetauscht. Das entspreche einer Annahmequote von 20,9%. Der Wirtschaftsführung zufolge vollziehe sich der Umtausch langsamer als erwartet.

Der argentinische Ackerbau ist einer der bedeutendsten Dieselölverbraucher des Landes. Er verbraucht es für US\$ 900 Mio. im Jahr, wie die Getreidebörse von Rosario mitgeteilt hat.

In der Vorwoche war der Weizenpreis auf \$ 250 pro t gefallen. In dieser Woche hat er sich auf \$ 235 erholt, gegen \$ 360, die vor einem Jahr

für die Tonne bezahlt wurden.

Die Regierung bemüht sich, eine Stromkrise wie die des Vorjahres zu vermeiden. Planungsminister De Vido begann Verhandlungen in Brasilien, um dort 700 MWh zu kaufen.

Der Wirtschaftsstreit zwischen den Mercosurpartnern Argentinien und Brasilien nimmt kein Ende. Wirtschaftsminister Lavagna wies das brasilianische Angebot zur Milderung der Asymmetrien zwischen beiden Staaten zurück und besteht auf der Fortsetzung des Quotensystems für Fernsehempfänger, Waschmaschinen und Küchengeräte. UIA, der argentinische Industrieverband, unterstützte den Wirtschaftsminister mit einer Erklärung, in der auch betont wird, dass das Abkommen von Asunción zur Schaffung des Mercosur, nicht nur von der Abschaffung von Zollschränken spreche, sondern auch von der strukturellen Übereinstimmung der Mitgliedstaaten, die zu definierende Anpassungen erfordere.

Die staatliche BICE Bank (Banco de Inversiones y Comercio Exterior) hat mit der argentinisch-paraguayischen Verwaltung des Yacaréta Wasserkraftwerkes (EBY) ein Abkommen zur Schaffung einer Treuhandgesellschaft unterzeichnet. Der argentinische Staat wird in dieselbe US\$ 563,4 Mio. einbringen, mit denen der Staudammpegel des E-Werkes bis 08 auf 83 m erhöht werden soll. 05 wird Argentinien in die Treuhand US\$ 196,4 Mio. einzahlen, 06 US\$ 169,5 Mio., 07 US\$ 112,7 Mio. und 08 US\$ 84,8 Mio.

Das Erdölunternehmen Apco Argentina hat 25,78 von 3 Erdölkonzessionen in Feuerland für US\$ 6,2 Mio. erworben. Damit will es die tägliche Erdölförderung um 200 Barrel/Tag und die Gasförderung um 793.000 cbm/Tag, rd. 8%, steigern.

Die Fundelec Stiftung für die Stromversorgung warnte, dass der Investitionsmangel in das Stromtransportsystem des Landes einen Grad erreicht hat, in dem nicht einmal die Durchführung der von der Regierung vorgesehenen Investitionen die Übersättigung der Transmissionsleitungen und die dadurch entstehenden Spannungsabfälle verhindern könne. Die für 05 vorgesehenen Investitionen zielen darauf ab, die stromunterbrechungsgefährdeten Gebiete des Landes von 26 auf 17 zu verringern. Die Verbrauchszunahmen lassen jedoch annehmen, dass 06/7 35 der 36 Gebiete des Landes der Gefahr von Stromausfällen ausgesetzt sein werden. Der Verbrauch nehme mit einer Geschwindigkeit zu, die das System nicht verkraften könne. Allerdings rechnet der Bericht noch nicht mit Stromausfällen im 1. Halbjahr 05.

Das Gesetz 13.302 (Amtsblatt vom 27.1.05) bestimmt, dass in den nächsten 180 Arbeitstagen in der

Provinz Buenos Aires keine Zwangsversteigerungen von einzigen Familienwohnungen mit einer Fiskalbewertung von bis zu \$ 90.000 durchgeführt werden dürfen. Die in dem am 29.12.04 angenommenen Gesetz verordnete Fristverschiebung gilt bei Arbeitslosen für ein Jahr. Ausserdem wird eine Kartei der gepfändeten Hypothekenschuldner mit nur einer Wohnung geschaffen.

Ab der kommenden Woche wird das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) von 60.000 als grosse Steuerzahler eingestuft. Unternehmen laut Beschluss 1.778/04 keine Schecks mehr annehmen. Sie müssen ihre Arbeitgeberbeiträge und Steuerzahlungen nur mehr mit elektronischen Banküberweisungen abführen. Derzeit nehmen diese Steuerpflichtigen ihren Steuerbescheid von der Website der AFIP auf eine Diskette ab, bringen diese in die Bank, die sie in ihren Computer ladet, den Scheck entgegennimmt und eine Bescheinigung ausstellt. Der Vorgang, einschliesslich der Zahlungsbestätigung, erfolgt jetzt vollkommen über den Computer, womit das Steueramt die Bankprovisionen spart. Die betroffenen Steuerpflichtigen zahlen 30% der Steuern. 1.090 Unternehmen mit Sitz in einem Umkreis von 60 km von der Bundeshauptstadt, die die grössten Steuerbeträge bezahlen, entrichten sie direkt bei der Direktion für grosse Steuerzahler. Diese Unternehmen und weitere 1.800 persönlich Steuerpflichtige zahlen 60% der Steuern, doch sind Einzelpersonen von der Pflicht der elektronischen Gewinnsteuerzahlung ausgenommen.

Justizminister Rosatti hat das Icsid (span. Ciadi), das Weltbankschiedsgericht für Investitionsfragen, erneut in Frage gestellt. Bisher haben Dienstleistungsunternehmen Argentinien dort für US\$ 16 Mrd. eingeklagt. Auf der 3. Jahrestagung über

internationale Schiedssprüche in Miami sprach Rosatti von der kritischen Lage Argentinien in dieser Frage. U.a. erklärte er, dass Argentinien bei der Krise 2001 nicht gegen Investitionsschutzabkommen verstossen habe. Die Aktiven der klagenden Unternehmen wurden nicht enteignet, noch gab es Diskriminierungen, da alle Unternehmen den selben Massnahmen unterworfen wurden, und auch nach der Krise hätten die Unternehmen weiter gearbeitet und Dividenden ausgeschüttet.

Der stellvertretende Senatspräsident, M. Guinle, bestand auf der Forderung, dass Argentinien die 57 in den 90er Jahren unterzeichneten bilateralen Investitionsabkommen überprüfe. In diesen Abkommen wird das Icsid als für Streitfragen zuständig anerkannt.

Die Regierung versicherte, dass das Bankgeheimnis für jene, die der Umschuldung beitreten, gewahrt bleibt. Bei ihnen würden keine Fragen über den Ursprung ihrer Mittel gestellt werden. Die Erklärung brachte Erleichterung für Konteninhaber in Miami und der Schweiz.

Industriesekretär Dumont ist der neue Vertreter Argentinien vor internationalen Körperschaften mit Sitz in Genf. Das sind insbesondere die Welthandelsorganisation und die internationale Arbeitsorganisation. Zu seinem Nachfolger im Industriesekretariat wurde M. Peirano ernannt.

China gab die Aufhebung des Einfuhrverbotes für frisches Rindfleisch aus Argentinien innerhalb von 30 Tagen bekannt. Auch sollen Anordnungen getroffen werden, damit die Einfuhren von rohem Sojaöl aus Argentinien, trotz der neuen Bestimmungen, reibungslos abgewickelt werden können.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Fiskalüberschuss 2004 als historischer Rekord

Fiskalzahlen machen selten Schlagzeilen. Das konnte man in der Vorwoche beobachten, als nur die Zeitung „Clarín“ auf Seite 7 am 20. Januar die ersten Berechnungen der Zentralbank über den Rekordüberschuss der Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Nation und der Gliedstaaten im Fiskaljahr 2004 veröffentlichte. Wir haben diese Zahlen in der Vorwoche im Wirtschaftsteil zusammengefasst.

In der von Defiziten und Neuverschuldungen geplagten Geschichte der argentinischen Staatsfinanzen, Quelle und Ursache der

nahezu fünfzigjährigen Inflation und zuletzt nach deren Bezwingung der Überschuldung mit Default, hat es unseres Wissens noch nie ein Jahr mit demmassen hohem Primärüberschuss gegeben. Ganze \$ 26,2 Mrd. erwirtschafteten die Haushalte des Nationalstaates, der Provinzen und der Gemeinden als Primärüberschuss vor Zinszahlungen und Tilgungen der Staatsschulden. Das macht zu fast \$ 3 je US\$ rund US\$ 8,8 Mrd. aus. Davon entfiel auf die Nationalverwaltung ein Überschuss von \$ 17,3 Mrd. und auf die Gliedstaaten von \$ 8,9 Mrd.

Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), dessen letzte Berechnung freilich noch aussteht und nach jüngsten Schätzungen der Zentralbank mit einem Wachstum von nahezu 9% gegen bisher 8% bis 8,5% abschliessen dürfte, ergeben sich stolze 6,2% Primärüberschuss, davon 4,1% der Nationalverwaltung und 2,4% der Gliedstaaten. Man mag sich noch an das Verhandlungsgerangel mit dem Internationalen Währungsfonds über einen Primärüberschuss von nur 3% des BIP für 2004 erinnern, auf dem die Regierung als höchstmöglichen Überschuss zwecks Schuldenbedienungs bestand. Der Fonds hatte mehr als 4% des BIP gefordert, wurde aber abgeblitzt. Von jenen 3% des BIP entfielen 2,4% auf die Nationalregierung und 0,6% auf die Gliedstaaten.

Die endgültigen Zahlen

Am Mittwoch wurde bekanntgegeben, dass der primäre Überschuss des nationalen Schatzamtes 2004 \$ 17,36 Mrd. erreicht hat. Schatzsekretär Carlos Mosse erklärte, es handelt sich um einen Rekord der letzten drei oder vier Jahrzehnte, was freilich schwer zu bestätigen ist, umso mehr als der Begriff des „primären Defizites“ erst seit einigen Jahren verwendet wird. Es wurde nie erklärt, warum die Zinsen abgezogen wurden, die genau so sehr Ausgaben sind, wie andere Ausgabenposten. Was wirklich interessiert ist der effektive Gesamtüberschuss, der nicht bekanntgegeben wurde. Als Zinsen wurden 2004 \$ 5,7 Mrd. verzeichnet, weniger als die \$ 6,88 Mrd von 2003 und die \$ 6,81 Mrd. von 2002. Dabei handelt es sich jedoch nur um effektiv gezahlte Zinsen, wobei die geschuldeten ausgeschlossen wurden. Über diesen Punkt wurde keine Information gegeben. Der Überschuss hätte fast die \$ 20 Mrd. erreicht, wenn die Regierung nicht im Dezember Steuereinnahmen verschoben und bestimmte Ausgaben vorverlegt hätte, so dass Dezember mit Defizit abschloss. Das wird das Schatzamtergebnis im ersten Quartal 2005 verbessern.

Argentinien braucht einen Nettoüberschuss, nach Zahlung der Zinsen, um die Staatsschuld abzubauen. In diesem Sinn ist es wohl am besten, es werden Staatspapiere am Markt gekauft, die weit unter pari notieren, statt die Schuld mit dem IWF zurückzuzahlen, die normalerweise umgeschuldet

wird. Das erfordert jedoch ein neues Abkommen mit dem Fonds.

Die starke Zunahme des primären Überschusses ist ausschliesslich auf eine Zunahme der laufenden Einnahmen um 36% zustande gekommen. Die Ausgaben des Nationalstaates nahmen um 21% zu, also mehr als das Bruttoinlandsprodukt in laufenden Werten, was bedeutet, dass der Staat seinen Anteil am BIP erhöht hat. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Beamtgehälter und die Renten in realen Werten stark zurückgeblieben sind. Gemäss einer Berechnung des Wirtschaftsministeriums (die die Zeitung Clarin am 16.01.05 veröffentlicht hat) betrug die Personalausgaben, umgerechnet in Pesos von 1993, im Jahr 2001 \$ 44,83 Mrd., und 2003 \$ 27,96 Mrd. was eine Differenz von \$ 16,87 Mrd. ergibt, die in Pesos von 2004 um über 50% zunimmt. Auch wenn man berücksichtigt, dass 2004 Gehaltserhöhungen gewährt wurden, kann man mit einer Differenz in einer Grössenordnung von \$ 10 Mrd. rechnen, zu der ein ebenfalls bedeutender Betrag bei den Pensionen und Renten hinzukommt. Wenn der Staat somit die Gehälter, Pensionen und Renten real auf dem Stand von 2001 beibehalten hätte, gäbe es somit kaum einen primären Überschuss. Der Rekord von 2004 steht auf sehr schwachen Füßen.

Verdoppelter Primärüberschuss

In nur einem Jahr wurde die Regierung Lügen gestraft, nicht etwa weil ihr geplanter Überschuss hinter dem Plansoll herhinkte, sondern genau wegen des Gegenteils. Die Wirtschaftsführung hatte sich verrechnet, ebenso wie sie den BIP-Zuwachs für 2004 nur auf 4% oder sogar weniger schätzte, der sich im Nachhinein mehr als doppelt so gross herausstellte. Auch der Fonds, der damals in der Regierung und in der öffentlichen Meinung mit seinem höheren Ziel des Primärüberschusses als kaltherzig gebrandmarkt wurde, blieb hinter den tatsächlichen Ergebnissen zurück, wie die Zentralbank vorsorglich ermittelt. Die Studienabteilung der Notenbank hat sich in den letzten Jahren als die zuverlässigste Quelle für makroökonomische und geldpolitische Daten und Zusammenhänge entwickelt. Sie macht damit ihrer Tradition Ehre, als die Zentralbank vor bald 50 Jahren ge-

gründet wurde und die Studienabteilung der Banco de la Nación Argentina übernahm, deren Leiter Raul Prebisch, als Geschäftsführer der Notenbank, die damalige Wirtschaftspolitik massgebend bis zu seiner Absetzung im Oktober 1943 leitete. In der Folge begann die Inflation mit Geldschöpfung, Fiskaldefiziten und Neuverschuldungen, die bis Anfang der neunziger Jahre mit jeweils kurzen Unterbrechungen anhält.

Die Regierung Kirchner und der Leiter ihrer Wirtschaftspolitik, Minister Roberto Lavagna, dürfen sicherlich stolz auf dieses überraschende Ergebnis der Fiskalrechnungen sein, das sie vor Jahresfrist selber nie haben träumen können. Präsident Kirchner hält täglich ein wachsaues Auge über die Staats- und die Devisenkasse und lässt sich auch im Ausland die täglichen Zahlen über Einnahmen und Ausgaben sowie über die Devisenreserven zusenden. Minister Lavagna zeigt nach einem französischen Bonmot über die Qualitäten eines guten Finanzministers sicherlich jene „certaine férocité“ (gewisse Härte), die dafür sorgt, dass die Staatsfinanzen im Griff sind.

Die gesunden Staatsfinanzen mit Primärüberschuss und Schuldenbedienungs, freilich beschränkt auf die internationalen Finanzanstalten in Washington (US\$ 1,1 Mrd. Zinsen und US\$ 2,45 Mrd. Tilgungen) und die Bonds, die nicht in Default sind (US\$ 2,0 Mrd. Zinsen und Tilgungen), haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Wirtschaft kräftig wächst, dass wieder investiert wird, obwohl deutlich zuwenig für eine nachhaltige Entwicklung, und dass die Kapitalflucht durch Neuzugänge aus dem Ausland, einschliesslich argentinischer Residenten, mehr als ausgeglichen wurde. Anderes als in fünfzigjähriger Inflation stets von Politikern und Wirtschaftlern gepredigt wurde, bedeuten gesunde Staatsfinanzen den Ausgangspunkt für ein kräftiges Wirtschaftswachstum. In Paris haben der französische Präsident Jacques Chirac und die französischen Spitzenunternehmer dem Präsident Kirchner gratuliert, weil sich die Wirtschaft bereits erholt hat. Dass Staatsfinanzen im Primärüberschuss dafür gutstanden, wurde freilich dabei übergangen, denn Fiskalzahlen machen keine Schlagzeilen.

Höhere Einnahmen

Der Fiskalüberschuss beruht

unter anderem darauf, dass die Steuereinnahmen mehr zunahmen als die Ausgaben, bei denen Beamtgehälter und Sozialrenten mehr als die Hälfte ausmachen und ungleich weniger als die Abwertung von 2002 zugenommen haben. Die Steuermoral, Argentinien schwächste Wirtschaftsstütze, mag sich 2004 gebessert haben, obwohl die Hinterziehung nach wie vor skandalös verbreitet ist.

Bekanntlich tragen die beiden wirtschaftsverzerrenden Steuern, Exportzölle und Schecksteuer, fühlbar zum Überschuss bei, weshalb Minister Lavagna nur Bruchteile abgibt, ohne auf diese ergiebigen Steuerquellen zu verzichten. Wie lange er dieses Spiel in Anbetracht fallender Weltmarktpreise und steigender Gestehungskosten der Ernten fortsetzen kann, muss sich noch zeigen. Zudem muss die Regierung nach der Umschuldung unbeschadet der endgültigen Akzeptanz der Umschuldungsangebote die angelaufenen Zinsen ab Januar 2003 und die neuen Zinsen ab 2004 bezahlen. Eigentlich müssten die 2003er Zinsen vom Überschuss abgezogen werden. Indessen wurde dieser, wie erinnerlich, künstlich um angenommene \$ 1,0 Mrd. gesenkt, als Anzahlungen auf die Gewinnsteuer von Dezember 2004 auf März 2005 verschoben wurden und Gehälter sowie Renten vor Jahresende ausbezahlt wurden. Das sind freilich alles Lappalien in Hinblick auf das Ausmass des Überschusses.

Vertreter der Inhaber von Bonds in Default schauen mit Luchsaugen auf den Primärüberschuss, weil sie argumentieren, dass die Zahlungsfähigkeit Argentiniens höher als in der Offerte sei. Finanzsekretär Guillermo Nielsen wehrte auf Reisen in Europa diesen Vorwurf mit dem Argument ab, es sei abwegig, anzunehmen, dass Argentinien diesen Primärüberschuss über vierzig Jahre lang erwirtschaften könne, was sicherlich zutrifft, aber trotzdem die Verhandlungsposition der Bondsinhaber in Hinblick auf eine verbesserte Offerte stärkt. Hätte die Regierung die Umschuldung vor Jahresfrist oder vorher abgeschlossen, wäre dieses Problem nicht aufgetaucht. Sogar die Wirtschaftsabteilung der Schweizer Grossbank UBS AG ermittelte, dass Argentinien mehr als die Offerte zahlen könne. UBS berät die Regierung bei der Umschuldung, so dass die Denkschrift ihrer Wirtschaftsabteilung die Bank als Beraterin der Regierung ins eigene

Fleisch schnitt.

Sicherlich wird das Fiskaljahr 2004 in Sachen Primärüberschuss als Rekordjahr einmalig dastehen, da sich Steuerermässigungen und Mehrausgaben im Staatshaushalt auswirken werden und das Wirtschaftswachstum möglicherweise bescheidener ausfällt, nachdem die Weltmarktpreise für Getreide

und Ölsaaten um mehr als 30% gefallen sind. Mögliche Zinshaussen in USA dürften sich ebenfalls negativ für Argentinien entpuppen. Trotz allem sollte es möglich sein, nach der Umschuldung die Staatsfinanzen weiterhin im Griff zu halten und Rückfälle in Defizite und Neuverschuldungen zu vermeiden. Darauf kommt es an.

Die Klagen vor dem Weltbankschiedsgericht

Die Weltbank hat schon vor geraumer Zeit ein Schiedsgericht eingeführt, um Streitfälle zu schlichten, die sich bei Auslandsinvestitionen ergeben. Es heisst auf englisch ICSID („International Center for Settlement of Investment Disputes“) und auf spanisch CIADI („Centro Internacional de Arreglo de Diferencias sobre Inversiones“). Die Länder, die Mitglieder des IWF und der Weltbank sind, wie es Argentinien auch ist, gehören automatisch diesem Schiedsgericht an. Man kann somit annehmen, dass ein Land, das verklagt worden ist und die Auflagen des Urteils nicht erfüllt, Konflikte mit dem IWF und der Weltbank hat, die im Extremfall zur Ausstossung führen können. Bisher ist es noch nie so weit gekommen; aber es gibt immer ein erstes Mal. Ausserdem haben die Urteile des ICSID einen grossen Einfluss auf Richter, die Klagen wegen der gleichen Fälle behandeln.

Gegen den argentinischen Staat bestehen schon 33 Klagen, für einen Gesamtbetrag von über US\$ 16 Mrd. Genau lässt sich dieser nicht ermitteln, da viele Klagen auf unbestimmte Beträge lauten, die noch berechnet werden müssen und gelegentlich auch kontinuierlich weiter ansteigen. Der grösste Teil der Klagen stammt von Unternehmen der Stromwirtschaft, gefolgt von Erdölunternehmen u.a. Betreibern öffentlicher Dienste. Dann kommen noch andere Fälle hinzu: die Klage von Siemens wegen der einseitigen Aufhebung des Vertrages über die neuen Personalausweise (DNI), plus Informatiksystem der Grenzübergänge und Flugplätze und

Modernisierung des Personenregisters, durch die Regierung De la Rúa; ein Vertrag des Informatikunternehmens Unysis mit dem Obersten Gerichtshof, der in Dollar lautete und eins zu eins pesifiziert wurde; zwei Fälle von Leasingfirmen, deren Verträge auch pesifiziert wurden und eine Rückversicherungsgesellschaft, die ein ähnliches Problem hat.

Wenn man die Fälle objektiv betrachtet, verliert Argentinien sie bestimmt fast alle. Denn die einseitige Aufhebung von Konzessionsverträgen, die sogar vom Parlament genehmigt worden waren, und die Pesifizierung eins zu eins von Verträgen in Dollar haben keine juristische Grundlage. Die argentinische Regierung führt den Notstand an; aber selbst wenn man diesen anerkennt, kann er nicht so weitläufig ausgelegt werden, wie es geschehen ist, da dies zu einer totalen Willkür führt, die in einem Rechtsstaat nicht zulässig ist.

Die argentinische Regierung hat sich bisher nur formell verteidigt, indem vermeintliche Fehler bei den Klagen und dem Prozessverfahren angeführt werden. Schatzanwalt Osvaldo Guglielmino hat in einem tiefgründigen Artikel in der Zeitung „La Nación“ eine gründliche Kritik am ICSID geübt. Nach seiner Ansicht ist dieses Schiedsgericht viel günstiger für die klagenden Unternehmen als für den angeklagten Staat. Er weist darauf hin, dass diejenigen, die als Richter beim ICSID tätig sind, gleichzeitig als private Anwälte Kläger vor diesem Schiedsgericht verteidigen (auch wenn nicht in den gleichen Fällen), dass erlaubt wird, die Beträge der Klage stark aufzublähen, ohne dass

dies mit Bussen bestraft wird, wie es bei normalen Gerichtsverfahren der Fall ist, dass die Verpflichtung der Unternehmen, zuerst den Fall vor die lokale Justiz zu bringen, bei Seite gelassen wird, dass die Schiedsrichter Bestimmungen anwenden, die aus Abkommen mit anderen Ländern stammen, u.s.w. Allein, dies ist eine akademische Diskussion, die in den konkreten Fällen, um die es bei Argentinien geht, belanglos ist. Das ICSID ist eben wie es ist, und es ist nicht zulässig, seine Verfahrensnormen gerade jetzt nicht anzuerkennen, wenn konkrete Fälle behandelt werden, die Argentinien angehen.

Die argentinische Regierung scheint diesen Klagen keine grosse Bedeutung beizumessen. Sicher meinen die hohen Beamten, angefangen von Präsident Kirchner und Wirtschaftsminister Lavagna, dass der argentinische Staat ohnehin nicht zahlen wird, auch wenn er vom ICSID verurteilt wird. Genau das hat Lavagna ja den Inhabern von Staatspapieren gesagt, die sich im Defaultzustand befinden, für den Fall, dass sie sich dem Umtausch nicht anschliessen. Das Thema ist indessen nicht so einfach; denn die Prozesse gehen weiter und verursachen Argentinien Schaden, sei es nur, weil sie weiter bestehen.

Bei den Betreibern öffentlicher Dienste fordert die Regierung, dass sie von den Prozessen zurücktreten, als „conditio sine qua non“ für Tarifierhöhungen oder neue Konzessionsbedingungen. Die Unternehmen weigern sich jedoch, dieser Erpressung stattzugeben, was begreiflich ist, da die Direktoren schliesslich gegenüber ihren Aktionären verantwortlich sind und von diesen verklagt werden können, wenn sie Entscheidungen treffen, die das Unternehmen schädigen. Bestenfalls erklären sie sich bereit, die Klagen einzufrieren. Anders wäre der Fall, wenn es zu einer neuen Rahmenordnung käme, mit der die Unternehmen im Prinzip einverstanden wären, die ihnen erlauben würden, normal tätig zu sein und ihnen die verlorene juristische Sicherheit wieder geben würde. Dann würden sie wohl die Klagen zurück-

ziehen. Dies erfordert jedoch eine zivilisierte Beziehung zwischen Regierung und Unternehmen, bei der in gutem Glauben gehandelt und eine Verständigung angestrebt wird, was etwas grundsätzlich anderes ist, als eine einseitige Auflegung durch die Regierung. Solange die Regierung jedoch die Privatunternehmen als Feinde betrachtet, denen sie allerlei Missbräuche und Schlechtigkeiten ankreidet, besteht diese Lösungsmöglichkeit nicht.

In einigen Fällen gäbe es einfache Lösungen. So hat Siemens ein Gebäude mit Informatikanlagen in der Stadt Buenos Aires eingerichtet, in das es angeblich um die US\$ 150 Mio. investiert hat. Die Regierung könnte vorschlagen, diese Anlage zu kaufen und somit den Streit zu beenden. Man kann annehmen, dass Siemens lieber diesen Betrag sofort kassiert, als einen langwierigen Prozess über US\$ 600 Mio. zu führen, bei dem die Firma schliesslich bestenfalls Staatspapiere erhält, die kaum etwas wert sind. Der Staat könnte diese Anlagen dann für die Herstellung eines neuen fälschungssicheren Personalausweises verwenden, der die „cédula“ und den „DNI“ vereint, wobei dann ausserdem ein Wahlbuch bestehen müsste, dass jedoch nur bei Wahlen verwendet wird. Argentinien dürfte das einzige Land sein, das zwei Personalausweise hat.

Im Fall von Unysis könnte dem Unternehmen angeboten werden, den Vertrag so zu ändern, dass er sich auf die Schaffung eines integralen Informatiksystems für die Justiz bezieht, wobei dem Unternehmen dann das Recht zugestanden würde, von Anwälten, Notaren, Buchprüfern u.a., die das System verwenden, eine Gebühr zu beziehen. Man muss eben mit den Unternehmen sprechen, und dabei eine gewisse Kreativität aufbringen, um Lösungen zu finden, wobei die Firmen selber bestimmt Vorschläge vorbringen würden. Es gibt fast immer Lösungen, wenn guter Wille vorhanden ist; aber gerade das ist eben bei dieser Regierung nicht der Fall.